

16. Januar 2013

EWS und Enerkraft: Partner in Sachen Wind

Zwei potenzielle Anbieter stellen ihr Konzept vor / Gemeinderat trifft nichtöffentlich die Mehrheitsentscheidung für den künftigen Partner der Stadt.



Der Schopfheimer Gemeinderat hat sich mehrheitlich entschieden, Windkraftanlagen mit den Partnern EWS Schönau (Vertreter Alexander Sladek, rechts) und Enerkraft (Vertreter Frank Mosthaf, links) zu realisieren, hier mit Bürgermeister Christof Nitz.

Foto: Heiner Fabry

SCHOPFHEIM. Mehrheitlich entschied der Gemeinderat Schopfheim in seiner Sitzung am Montag, künftige Windpark-Projekte auf der Hohen Möhr und auf dem Rohrenkopf mit den Partnern EWS Schönau und Enerkraft zu realisieren. Diese Entscheidung fiel nichtöffentlich. Öffentlich hatten sich zuvor zwei potenzielle Anbieter, die Badenova und der Verbund aus EWS Schönau und Enerkraft, vorgestellt.

Vorleistungen im Verbund

Im nicht-öffentlichen Teil der Beratungen erhielten beide Anbieter Gelegenheit, die finanziellen Aspekte ihrer Angebote näher zu erläutern. Danach stimmten die Gemeinderäte in geheimer Abstimmung ab. Die Mehrheit der Räte entschied sich für die Anbieter EWS Schönau und Enerkraft. Das Angebot der künftigen Partner wurde vorgestellt von Alexander Sladek, Geschäftsführer bei der EWS Schönau, und Frank Mosthaf, Geschäftsführender Gesellschafter der Enerkraft. In seiner Präsentation hob Frank Mosthaf hervor, dass es Ziel des Verbundes EWS/Enerkraft sei, eine größtmögliche Bürgerbeteiligung sicherzustellen. Der Verbund sei Hersteller unabhängig, was es erlaube, die für die jeweiligen Standorte am besten geeigneten Anlagen auszuwählen. Als weiteren

Vorteil stellte Frank Mosthaf heraus, dass die EWS Schönau als Partner des Gemeindeverbundes Zell – Hög-Ehrsberg – Kleines Wiesental schon wesentliche Teile der erforderlichen Abklärungen geleistet und damit gegenüber Mitbewerbern einen zeitlichen Vorsprung von acht bis zwölf Monaten habe. Als mögliche Standorte kommen die Hohe Möhr mit vier bis sechs Windkraftanlagen (WKA) und der Rohrenkopf mit zwei bis vier WKA in Frage. Vorgesehen sind Anlagen mit einer Nabenhöhe von 140 Metern. Durch das Projekt in den Nachbargemeinden sind erste vogelkundliche Untersuchungen bereits erfolgt und im Plan berücksichtigt. Bei allen weiteren Planungen werde zudem größtmögliches Gewicht auf die Vermeidung von Lärmbelästigung und Schattenwurf gelegt. "Es ist unser erklärtes Interesse", führte Frank Mosthaf aus, "die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte nicht nur einzuhalten, sondern deutlich zu unterschreiten."

Der Zeitplan

Der Zeitplan sieht vor, dass für die Stadt Schopfheim der Teilflächennutzungsplan Wind bis Spätsommer 2013 erstellt werden kann. Die erforderliche Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutz-Gesetz kann bis zum ersten Quartal 2014 vorliegen, so dass der Baubeginn der ersten Anlagen im Sommer 2014 erfolgen kann. Dies ist darum besonders wichtig, weil der Baubeginn über die Höhe der späteren Vergütung nach dem EEG-Gesetz entscheidet, eine Vergütung, die ab 2015 um 6,6 Prozent reduziert werden soll.

Der Projektablauf

Alexander Sladek ging besonders auf den Aspekt der Wertschöpfung und der Bürgerbeteiligung ein. Bei der Realisierung der Windkraftprojekte werden die beiden Partner eine eigene Projektentwicklungsgesellschaft mit Sitz in Schopfheim gründen, wodurch sichergestellt ist, dass die Gewerbesteuererinnahmen in der Stadt bleiben. Der Projektablauf soll so gesteuert werden, dass vorrangig Unternehmen und Finanzinstitute aus der Region in Anspruch genommen werden, damit die Wertschöpfung in der Region verbleiben kann. Die Partner treten zu einhundert Prozent in Vorleistung, so dass der Stadt keinerlei Kosten entstehen. Aus dieser Entwicklungsgesellschaft heraus wird eine Windpark Schopfheim GmbH & Co KG als Betreibergesellschaft entstehen, an der sich die Stadt Schopfheim, die beiden Partnergesellschaften, Bürgerbeteiligungen über lokale Finanzinstitute und eine Bürgerenergie-Genossenschaft Schopfheim beteiligen können. Alexander Sladek erklärte, dass die beiden Partner gerne am Projekt beteiligt bleiben, dass aber größtmögliche Kapazität für direkte Beteiligung einer Bürgergenossenschaft gelassen werde.

Angebot der Badenova

Johann-Martin Rogg, Unternehmensbereichsleiter bei der Badenova, stellte das Angebot seines Unternehmens vor, das als mögliche Standorte ebenfalls die Hohe Möhr mit drei Windkraftanlagen und den Rohrenkopf mit zwei WKA vorsah. Der Präsentator empfahl in seiner Vorstellung, das Gespräch mit den Nachbargemeinden Zell und Hög-Ehrsberg zu suchen, um über eine Ausweitung der Anlagen an den beiden Standorten zu einer Einigung zu kommen. Das von der Badenova angebotene Bürgerbeteiligungsmodell sah vor, dass Bürger sich an der Bürger-Windenergie in Baden-Württemberg e.G. beteiligen können. Damit seien Bürger an allen Windkraftanlagen der Badenova in Baden-Württemberg beteiligt, nicht nur an den Anlagen in Schopfheim. Allerdings sind die Beteiligungen für Bürger bei maximal 3000 Euro "gedeckelt", das heißt, höhere Beteiligungen sind nicht möglich.

Fragen an die Betreiber

In der Fragerunde wurde nach den erforderlichen Windmessungen gefragt. Frank Mosthaf

erläuterte, dass der Bauantrag für eine Windmessaanlage auf dem Zeller Blauen bereits gestellt sei. Durch ergänzende LIDAR-Messungen (Radar-Berechnungen) können die Werte für die Hohe Möhr und den Rohrenkopf ohne größeren Mehraufwand ermittelt werden. Auch die Frage nach einem Rückbau der Anlagen nach rund 20 Jahren konnte schnell beantwortet werden. Es gibt eine gesetzliche Rückbauverpflichtung für Windkraftanlagen, die von den Betreibern durch eine entsprechende Bürgschaft abgesichert werden muss. Vertreter von BUND und Nabu, die an der Sitzung teilnahmen, erklärten, dass die Windkraftanlagen eindeutig unterstützt werden, wenn die naturschutzrechtlichen Auflagen erfüllt werden. Alexander Sladek bestätigte, dass beide Partner den Natur- und Umweltschutz sehr hoch bewerten, einem geforderten Monitoring zustimmen und einem Beitrag zu einem entsprechenden Fonds der Naturschutzverbände grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Eine Bürgerin wollte wissen, welche Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung es für diejenigen gibt, die sich nicht an einer Genossenschaft beteiligen können. Den Bürgern werde Gelegenheit gegeben, sich an allen wichtigen Diskussionen zu beteiligen, erklärte Frank Mosthaf. Zudem seien alle Bürger der Stadt über die direkte Beteiligung der Stadt an der Betreibergesellschaft am Ertrag beteiligt. Karlfrieder Oswald verwies auf den hohen landschaftlichen und touristischen Wert der Hohen Möhr und bat im Namen des Raitbacher Ortschaftsrats, von Windkraftanlagen auf der Hohen Möhr abzusehen. Mosthaf warnte davor. "Sie können eindeutig geeignete Flächen nicht aus einem Evaluationsprozess ausschließen", erläuterte er. "Andernfalls wird der Teilflächennutzungsplan nichtig und die Stadt verliert die Steuerungshoheit über den weiteren Prozess."

Autor: Heiner Fabry